

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1948**

18 (12.5.1948)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 18

Mannheim, 12. Mai 1948

Preis 15 Pfg.

## Erste gesamtdeutsche Willensäußerung

Am 23. Mai beginnt das Volksbegehren für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden

(EB) In der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 wird jeder Deutsche die Gelegenheit haben, durch Einzeichnung in eine Liste für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden einzutreten, und darüber hinaus entweder ein Gesetz zu fordern, wonach Deutschland eine unteilbare demokratische Republik sein soll oder aber die Durchführung eines Volkstschiedes hierüber. In allen Besatzungszonen Deutschlands hat der Aufruf des deutschen Volksrates Widerhall gefunden.

Sie rief der Zonenvorsitzende der CDU, Prof. Hickmann, in einer Sendung des Mitteldeutschen Rundfunks zu aktivster Teilnahme am Volksbegehren auf, dessen Bedeutung der christlich-demokratische Politiker u. a. mit folgenden Worten kennzeichnete:

„Es geht um die Einheit Deutschlands. Es geht darum, in letzter, schicksalvoller Stunde die deutsche Einheit zu retten. Nach dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz wurden vollendete Tatsachen geschaffen, durch die die Gefahr der Zerreißen Deutschlands verhängnisvoll fortgeschritten ist. Dieser Entwicklung darf das deutsche Volk nicht stumm und stumpf gegenüberstehen. Das gesamte deutsche Volk verlangt die Einheit Deutschlands auf der Grundlage eines gerechten Friedens. Das deutsche Volksbegehren ist der Ruf zum Ausdruck dieses deutschen Einheitswillens. Einsatz für das Volksbegehren ist die nationale Forderung der geschichtlichen Stunde. Kein Wahlberechtigter darf abseits stehen. Das Volksbegehren muß zum einmütigen Bekenntnis zur Einheit Deutschlands werden. Die Welt soll

### Martin Andersen Nexö für Deutschlands Einheit

Auf der ersten großen öffentlichen Kundgebung in Berlin am 9. Mai zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden ergriff als erster Redner unter starkem Beifall der berühmte dänische Dichter Martin Andersen Nexö das Wort.

### Mangelnde Ehrerbietung vor Gewerkschaftspalmen strafbar?

(EB) Wie wir erfahren, hat das Vorstandmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kummernuß, gegen den Vorsitzenden der Industrie-Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“, Malina, einen Mißtrauensantrag eingebracht, obgleich beide noch vor kurzem gemeinsam in London waren. Malina wird vorgeworfen, daß er es unterlassen habe, eine Delegation der AFL, welche Duisburg besichtigt hatte, gebührend zu begrüßen. Malina erklärte, daß man ihn nicht dazu zwingen könne.

### Denn sie wissen nicht was sie tun

(EB) Auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche mußte Dr. Hermann Pünder, Vorsitzender des Verwaltungsrates, ein bezeichnendes Eingeständnis machen. Er konnte nämlich die bei dieser Gelegenheit an ihn gestellte Frage nach dem Umfang der Möbelproduktion und der Höhe der Lieferungen an die Besatzungsmächte nicht beantworten, da, wie er schloß, das Verwaltungsamt für Wirtschaft hierüber keine Unterlagen besitzt.

wissen: Das deutsche Volk steht auf und weiß, was es will!“

Der Vorstand der LDP in der sowjetischen Besatzungszone veröffentlichte einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die Liberal-Demokratische Partei erwartet von allen Mitgliedern und Anhängern, daß sie ihren Namen in die Listen des Volksbegehrens eintragen und dadurch einen Baustein zum Fundament unseres Wiederaufbaues beisteuern.“

Im Aufruf wird erklärt, daß die anglo-amerikanische Erklärung bei der Gründung der Zweizonenverwaltung, „man habe die deutschen Vorschläge leider nicht in größerem Um-

fange berücksichtigen können, weil die Deutschen untereinander nicht einig seien“ beweise, wie notwendig eine Willenserklärung des deutschen Volkes ist.

In den westlichen Besatzungszonen wird die Arbeit des deutschen Volkskongresses trotz aller heuchlerischen Proklamationen über Meinungsfreiheit und „Freiheit der Persönlichkeit“ sehr erschwert und behindert. Dennoch ist auch die Bevölkerung im Westen einig in dem glühenden Wunsch nach der Schaffung der Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

## Deutschlands Verfassung wird vorbereitet

Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates an der Arbeit

(EB) Der Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates hat mit den Vorbereitungen für die Schaffung eines Verfassungsentwurfes für Deutschland begonnen. Es ist beabsichtigt, zur Mitarbeit des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates Persönlichkeiten aus allen Zonen Deutschlands heranzuziehen. In diesem Zusammen-

hang wurden genannt Prof. Dr. Geiler und Minister Stricker, Nordrhein-Westfalen, Prof. Alfred Weber, Heidelberg, Prof. Bergsträsser, der Dekan der Juristischen Fakultät der Freiburger Universität Prof. Grebe und der kürzlich aus Basel zurückgekehrte Prof. Baumgartner.

## Teilerfolge im Mannheimer Metallarbeiterstreik

Kartoffelkarton werden beliefert — 40-Stundenwoche während der Notzeit

(EB) Die Streikbewegung, welche im Laufe der letzten Woche Tausende von Metallarbeitern der Mannheimer Betriebe erfaßte, hat nach Verhandlungen mit den Behörden und den Unternehmern mit gewissen Teilerfolgen für die streikenden Arbeiter ihren Abschluß gefunden. Das Landwirtschaftsamt sagte die Belieferung der Kartoffelmarken zu und außerdem die Belieferung der Fleischmarken mit Fisch im Verhältnis 1:1. Eine Delegiertenversammlung des Ortsausschusses Mannheim des Gewerkschaftsbundes empfahl darauf die Wiederaufnahme der Arbeit und forderte in einer Resolution die Arbeiter auf, alle Kräfte zu sammeln für die Kämpfe, die zur Erreichung des Mitbestimmungsrechtes und zur Erhaltung des Existenzminimums bevorstehen. Die Entschließung wandte sich gegen die Machenschaften der Reaktion, welche durch die Organisation unserer Wirtschaft eine freie Bewirtschaftung erzwingen will, welche die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung noch mehr in Frage stellen würde. Sie fordert das Verbot jeder Warenhoftung, rücksichtslose Bestrafung der Schwarzhändler, Schieber und Wucherer, eine gerechte Verteilung des Erlöses aus dem Exportbonus „B“ für alle Arbeitnehmer und die Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechtes.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die geringen Zugeständnisse, welche von den streikenden Arbeitern erzielt wurden, in keiner Weise aus-

reichend sind, um die Erhaltung der Arbeitskraft zu gewährleisten. Die Stimmung in den Betrieben brachte dies auch klar zum Ausdruck, denn die Arbeiter zeigten sich nicht sonderlich begeistert und konnten sich in einzelnen Betrieben nur schwer entschließen, auf Grund dieser spärlichen Resultate die Arbeit wieder aufzunehmen.

Im Betrieb Schiffswerft und bei Lanz wurde der Streik auch noch am Montag fortgeführt.

Die aufs äußerste gesteigerte Not hat die Mannheimer Arbeiter gezwungen, die Arbeit einzustellen. Von dieser Erkenntnis ließ sich der Industrieverband Metall bei seinen Verhandlungen mit den Unternehmern leiten. Die Unternehmer mußten sich damit einverstanden erklären, die Arbeitszeit in allen Metallbetrieben auf wöchentlich 40 Stunden herabzusetzen und zwar so lange, bis die Ernährungslage sich gebessert hat. Das soll nach offiziellen Verkündigungen der 1. Juli sein, mit welchem Tag die Bevölkerung der Westzonen 1800 Kalorien erhalten soll.

Die Mannheimer Metallarbeiter haben durch ihren Kampfwillen gezeigt, daß die Arbeiterschaft sehr wohl in der Lage ist, sich zur Wehr zu setzen. Sie geht in die Betriebe zurück, um sich für neue Kämpfe zu rüsten, welche ihr das volle Mitbestimmungsrecht bringen und die wahren Schuldigen an der Wirtschafts- und Ernährungskatastrophe für immer unschädlich machen werden.

## Gefrierfleisch muß unverarbeitet bleiben

Verhindert betrügerische Manipulationen mit Ueberseelieferungen!

Im Hinblick auf die zu erwartenden Gefrierfleißeinkäufe aus dem Ausland haben sich schon mehrere Gesellschaften gebildet, die den Vertrieb des Gefrierfleisches übernehmen wollen. Unter der Firma „Gefrierfleisch-Einkaufsgesellschaft“ haben sich die Zentraleinkaufsgenossenschaft des Fleischergewerbes (GEG) und die Fleischwarenindustrie zusammengeschlossen. Es ist zu befürchten, daß dieses Gefrierfleisch nicht in unverarbeitetem Zustand der Bevölkerung zugute kommt, sondern daß die Industrie aus gewinnstreben den Absichten das

Fleisch zu Wurst verarbeitet oder eisdost, wobei die Gefahr besteht, daß die fettesten Stücke verschwinden und der Bevölkerung entzogen werden. Eine Verarbeitung von Gefrierfleisch ist nicht notwendig, da Gefrierfleisch konserviert ist und längere Zeit aufbewahrt werden kann. Die Bevölkerung hat auch viel lieber Fleisch in unverarbeitetem Zustand als Wurst und Büchsenfleisch, so daß gefordert werden muß, das Gefrierfleisch in unverarbeitetem Zustand dem Verbrauch zuzuführen.

## Für Arbeit, Freiheit und Brot!

Das waren unsere Väter, die gingen in einer Reih,  
Sie zogen in langen Kolonnen und trotzdem am ersten Mai.

Es standen die Riemen und Räder,  
es schwieg die Sirene am Schlot  
Es kämpften unsere Väter für  
Arbeit, Freiheit und Brot.

Und lagen auch auf der Straße  
die Männer am zweiten Tag,  
Es sagten die Frauen im Hunger,  
wir tragen was kommen mag.

Es glaubten unsere Väter an eine  
neue Zeit,  
Da wär der Säer auch Ernter und  
Recht wie Gerechtigkeit.

Ich glaub an unsere Väter, an das,  
was sie getan,  
Und gehen wir auch zum Ziele in  
Müh und Schweiß bergan,

Es muß am Ende werden sein  
eigner Herr und Knecht.  
Hoeh weht die alte Fahne: Für  
Arbeit, Brot und Recht.

Aus: Kurt Doberer „Die Schiene“,  
Gedichte. Dietz Verlag, Berlin 1948.

## Zeitgemäße Erinnerung

Für alle diejenigen, die heute im Marshallplan den allein rettenden Ausweg erblicken, dürfte es nicht ganz uninteressant sein, zu hören, daß das heutige USA-„Unterstützungs“-Programm schon zu einer Zeit in der tonangebenden Schweizer Presse diskutiert wurde, als noch um die Entscheidung im zweiten Weltkrieg gerungen wurde. Die Schweiz war ja eines der wenigen Länder Europas, deren Presse damals die Möglichkeit hatte, die von der Weltpresse behandelten Themen zu übernehmen. Nur konnte man damals nichts von der humanen Mission der USA nach Beendigung des Weltkrieges lesen, sondern da wurde in ganz eindeutigen, dünnen Worten, auf eine geradezu schnoddrige Art auseinandergesetzt, wie ausgezeichnet die Position der USA im Vergleich zur Sowjetunion wäre, denn mit Kriegsende sei im Grunde genommen noch nichts entschieden. Wenn der letzte Schuß verhallte, dann begänne erst das eigentliche Tauschen, das Ringen um den Einfluß in Europa, und dabei hätten die USA ganz offensichtlich die Pluspunkte auf ihrer Seite. Dort wären die Lager sozusagen zum Bersten mit Lebensmitteln gefüllt, dem die SU angesichts der gewaltigen Zerstörungen vorerst nichts entgegenzusetzen habe. Kraft dieses Umstandes hätten also die USA die Möglichkeit, ab- und zuzugeben, d. h., den Völkern, die sich ihrem Willen gefügig zeigten, mit Lebensmittellieferungen und Rohstoffen unter die Arme zu greifen, den anderen jedoch, die sich widerspenstig gebärden, d. h. jegliches Verständnis für die Absatzinteressen des USA-Monopolkapitalismus vermissen lassen, den Brotkorb hoch zu hängen. (Daß so nebenbei die „Feindpropaganda“ dem deutschen Volk klar zu machen versuchte, daß diese gefüllten Lager förmlich auf den Abtransport bei

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Stellt die Verleumder

In einer Versammlung in Gruiten behauptete am 20. April der Wirtschaftsminister Nötling, daß 4000 Sozialdemokraten in der Ostzone im KZ wären. Abgeordneter Schabrod forderte den Minister auf: „Geben Sie mir die Liste, Herr Minister!“

Nach der Versammlung ist Prof. Nötling nochmals in einem persönlichen Brief darum gebeten worden, die Liste der angeblich eingekerkerten SPD-Leute der Fraktion einzusenden. Bis heute hat Herr Minister Nötling nicht geantwortet.

## Vereinigte Stahlwerke zahlen Kriegsgewinne aus

Düsseldorf (EB). Mit Genehmigung der britischen Militärregierung können die Vereinigten Stahlwerke die Auszahlung 6prozentiger Dividendenansprüche aus den Kriegsjahren 1940 bis 1944 vornehmen, soweit diese Dividendscheine bisher nicht zur Einlösung eingereicht waren.

(Fortsetzung von Seite 1)

Kriegsende fiebern, sei nur am Rande vermerkt.)

Für denjenigen, der sich damals diese erbaulichen Presse-Ergüsse zu Gemüte führen konnte, war es also keine Ueberraschung, als plötzlich mit dem Kriegsende auch die bis zum Bersten gefüllten Lager in den USA angeblich leer waren und an deren Stelle ebenso plötzlich eine allgemene Lebensmittelknappheit im Weltmaßstab trat. Jetzt wurde erst einmal die Frage geprüft, wer gefügig und wer widerspenstig, und je nachdem wurde geliefert oder gestoppt. Heute nun sind die westeuropäischen Demokratien bereit zu schlucken, und in den westlichen Zonen würgt man gern alles hinunter, nur um miteingeschaltet zu werden. Das Wie und die unausbleiblichen Folgen für die breiten, werktätigen Massen interessieren dabei vorerst nicht.

Nur liest sich das heute in unserer Presse gar nicht so selbstverständlich wie damals, als man in der Weltpresse die Katze aus dem Sack ließ und die Dinge im profan-materialistischen Sinne, wie er jedem und ganz besonders dem USA-Monopolkapitalismus eigen ist, wahrheitsgemäß aufzeigte. Jetzt sind auf einmal aus nackten monopolkapitalistischen Interessen philanthropische Beweggründe geworden. Damals handelte es sich um ein Orientierungsthema der monopolkapitalistischen Weltpresse, heute jedoch um die Gewinnung der breiten Massen, denen gegenüber man natürlich die Katze im Sack lassen muß. s.n.

### Unter der Lupe

#### Schärferes Zupacken gegen Schieber ist notwendig

In Rheinau wurde das Wirte-Ehepaar Franz wegen Großschiebereien verhaftet. Die Kleingigkeit von 180 Ztr. Kohlen hatte dieses Ehepaar gehamstert. In Rheinau spricht man in diesem Zusammenhang auch von Schwarzschlachtungen, Fett-, Fleischschiebungen und von Bombengeschäften mit Wein. Besonders ärgerlich ist bei der ganzen Affäre aber ist, daß der Schwiegervater der Wirtseule, ein belasteter Nazi, die Wirtschaft weiterführt. Damit ja alles in der Familie bleibt. Dieser Nazi hat auch den Zusammenbruch der Führerherrlichkeit gut überstanden und in Rheinau ein Mietshaus aufgebaut. Es wäre noch festzustellen, ob er dieses Haus mit Hilfe der Schiebergeschäfte seines Schwiegervaters, dem er jetzt das Geschäft weiterführt, erstellt hat. Die Bevölkerung verlangt dringend scharfes Zupacken gegen diese Großschieber. Sehr dunkel ist auch der Fall eines Lebensmittelhändlers, dessen Fettmarkkonto nicht stimmt. Es handelt sich um wenigstens 2,5 Ztr. Schmalz. Aber der betr. Händler steht immer noch hinter seinem Ladentisch in Rheinau. Vielleicht gibt hier das Wirtschaftsamt Auskunft.

#### Leutershausener Schnelligkeit

Einen Beweis für, gelinde gesagt, unglaubliche Schlamperei und mangelndes Verständnis für die primitivsten Belange der werktätigen Bevölkerung legte die sonst von christlichem Sozialismus tiefende Gemeindeverwaltung bei der Ausgabe der letzten Lebensmittelkarten an den Tag. Brachte man es doch tatsächlich fertig, dieselben erst am Freitag nachmittag der Bevölkerung auszuhandigen, im Gegensatz zu allen anderen Gemeinden an der Bergstraße, hat doch z. B. Weinheim schon am Montag der genannten Woche die Karten ausgegeben. Die Folge war natürlich, da Samstag darauf der 1. Mai und der nächstfolgende Tag ein Sonntag war, daß die Hausfrauen, bei der an sich angespannten Brotlage außerstande waren, Brot zu backen oder zu kaufen und somit ein Großteil der Werktätigen am darauffolgenden Montag ohne ein Stück zur Arbeitsstätte fahren mußte! Fromme Wünsche waren es nicht gerade, die in diesen Tagen an die Adresse des Rathauses gerichtet wurden.

Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um die Dispositionsunfähigkeit der Leutershausener Rathausangehörigen in positivem Sinne aufzupulvern, damit solche skandalösen Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen.

KPD Leutershausen.

## Metallarbeiterinternationale?

Industrieverbände Metall tagen in Rumenoehl

(EB) Am 5. Mai fanden sich die Vertreter der Industrieverbände Metall der westlichen Besatzungszonen — den Delegierten der Ostzone wurde die Einreise nicht genehmigt — in Rumenoehl zusammen, um über die Schaffung eines einheitlichen Industrieverbandes für die Westzonen und über den Beitritt zum Internationalen Metallarbeiterverband zu beraten. Auf Drängen der Vertreter von Württemberg-Baden wurde in einem dritten Tagesordnungspunkt Stellung zu der gegenwärtigen Streikbewegung genommen.

Gegen den Plan, einen gesonderten Zusammenschluß der Westzonenverbände durchzuführen, erhoben sich Einwände, da der Ausschluß der Ostzone eine Zerreißen der Gewerkschaftseinheit bedeute. Indessen kam es zu dem Beschluß, die Verbände der amerikanischen und britischen Zone auf einem Verbandstag zu vereinigen.

Zu dem vorgeschlagenen Beitritt zum Internationalen Metallarbeiterverband konnten die Vertreter der amerikanischen Zone ihre Zustimmung nicht geben. Erst müsse darüber Klarheit bestehen, so erklärten sie, welche die Ziele desselben seien und

ob sie nicht in Widerspruch stünden mit denen des Weltgewerkschaftsbundes. Hierüber solle der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterverbandes Ilg (Schweiz) am 8. Juni in Düsseldorf vor einer Kommission von je 4 Vertretern der Metallarbeiterverbände Bericht geben. Die Tatsache, daß die Abordnung des Internationalen Metallarbeiterverbandes, welche gleichfalls an dieser Konferenz teilnehmen wird, unter dem Vorsitz des berichtigten AFL-Beamten Irving Brown steht, gibt allerdings zu denken und rechtfertigt die starken Bedenken der Vertreter der amerikanischen Zone. Einen unverständlichen Eingriff in rein innerdeutsche Gewerkschaftsangelegenheiten erlaube sich auch die englische Militärregierung, welche erklärte, diese Konferenz am 8. Juni dürfe nicht in einem Gebäude der Gewerkschaft stattfinden, wie ursprünglich beabsichtigt, sondern ihre Teilnehmer müssen sich als „Gäste der Militärregierung“ betrachten. Wir hoffen, daß sich die Teilnehmer der Tagung durch dieses Patronat trotzdem nicht in ihren freien Entschlüssen beeinflussen lassen.

## Oberpostdirektion maßt sich Zensurrechte an

Antidemokratischer Feldzug verwirrt Bürokratenhirne

Repressalien gegen KPD

(EB) Die Oberpostdirektion Karlsruhe, welche kürzlich schon durch einen Erlaß an die ihr unterstellten Behörden auffiel, mit welchem sie sich anmaßte, ein Verbot der Unterschriften-sammlung zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands auszusprechen, ist eifrig bemüht, neue Betätigungsgebiete für ihren vorschriftsmäßig ferngelenkten Dienstever zu erschließen. Es kommt ihr dabei wenig darauf an, ob sie dabei die Grenze der Befugnisse überschreitet oder nicht. So gefällt sich diese Behörde, in welcher bekanntlich heute mehr — jetzt allerdings rein gewaschene — Nazi-Pgs. versammelt sind als während der Nazizeit, darin, sich als politische Zensurbehörde aufzuspielen.

Vor längerer Zeit schon beantragte der Bezirksvorstand Baden der KPD die Zulassung eines Frankierapparates, der, wie das so gebräuchlich ist, neben dem Freistempel auch einen Werbeteil auf die Briefe aufdruckt. Am 12. März erhielt der Bezirksvorstand der KPD ein Schreiben des Postamtes 1 in Mannheim, mit welchem dieses im Auftrag der Oberpostdirektion Karlsruhe mitteilte:

„Da der Wortlaut des Klischees der Kommunistischen Partei Landesleitung Baden „die Partei des Volkes“ leicht zu Beanstandungen seitens anderer Parteien führen kann, muß die Genehmigung zur Herstellung dieses Stempels widerrufen werden. Sie werden gebeten, entweder den Zusatz wegzulassen, oder einen neuen Stempelentwurf vorzulegen.“

Die Kommunistische Partei erklärte hierauf der Oberpostdirektion, daß sie ihr zwar das Recht zu einer solchen Verfügung abspreche, nannte aber als neuen Werbeteil den Satz: „Uns gehört die Zukunft“. Die Oberpostzensur in Karlsruhe fällt darüber folgendes Urteil:

„Auch der neue Werbeteil im Absender des Freistempels muß als par-

teipolitische Propaganda angesprochen werden, die geeignet ist, die Gefühle und Empfindungen Andersdenkender zu verletzen. Die deutsche Post muß allen Postbenutzern, auch den Parteien gegenüber eine neutrale Haltung einnehmen. Aus diesem Grunde muß sie den vorgeschlagenen Werbeteil ablehnen.

Die Kommunistische Partei ist entsprechend zu informieren und ihr anheimzustellen, einen Stempelentwurf mit einem Werbeteil vorzuschlagen, der eine Beunruhigung seitens anderer Parteien und Organisationen ausschaltet.“

Ein telefonischer Anruf bei dem bearbeitenden Postrat Hils ergab die ziemlich kaltschnäuzige Antwort, daß seine Exzellenz der Herr Postpräsident selber diesen Entscheid getroffen habe und auch ferner darüber entscheiden werde. Gegen dieses anmaßende Verhalten der Oberpostdirektionsbürokratie legen wir offenen Protest ein. Es ist unerhört, daß sich diese Behörde als politische Zensurinstanz aufspielen und den demokratischen Parteien die Art ihrer Werbung vorschreiben kann. Wir sind nicht gewillt, uns dem Diktat volksfremder Bürokraten zu unterwerfen, denen der antidemokratische Feldzug den Kopf verwirrt hat. -k-

### Achtung!

#### Betriebsarbeiter-Konferenz

für Mannheim am Freitag, den 14. Mai 1948, 18.00 Uhr, im Lokal

„Landkutsche“ (Saal) D 5, 3 Zu erreichen Haltestelle Paradeplatz.

Es müssen alle Betriebsarbeiter und politisch verantwortlichen Genossen der Betriebs- und Ortsgruppen erscheinen.

KPD, Kreisvorstand Mannheim

## Vier Tonnen Fleisch spurlos verschwunden!

Im Herbst des vergangenen Jahres wurden im Kühlhaus der Firma Eis-Bender durch die Metzgerinnungen Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Bruchsal und Pforzheim 23 000 Körbchen Fleisch à 10,5 kg eingelagert, die der Vorratswirtschaft dienten. Im Laufe des Frühjahrs wurde dieses konservierte Fleisch an die einzelnen Innungen wieder ausgeliefert und ist heute vollständig aufgebraucht. Wie jedoch die Endabrechnungen ergeben, sind 358 Körbe Fleisch, das sind 80 Zentner oder 4 Tonnen, spurlos verschwunden.

Wie uns der Innungsmeister der Mannheimer Metzgerinnung mitteilte, muß die Firma Bender für diesen Verlust voll haftbar gemacht werden, da

ihr allein die Verwaltung des Fleisches oblag.

Die Innungen erstatteten sofort Anzeige bei der Kriminalpolizei, diese jedoch, so teilte der Innungsmeister mit, habe sich über diese Angelegenheit noch nicht gerührt und es habe den Anschein, daß die Sache verschleppt werden solle.

Die Bevölkerung aber will nicht warten, sie will wissen, wohin das ihr zustehende Fleisch verschwunden ist, nachdem seit 14 Tagen auf die Lebensmittelkarten kein Fleisch zu bekommen ist. Sie verbindet damit die Forderung auf schärfste Bestrafung der Schieber und Schwarzhändler und die Mitbestimmung des Volkes bei der Erfassung und Verteilung der lebensnotwendigen Güter. Nur so können Not und Elend gebannt und solchen Manipulationen der Garaus gemacht werden.



## Über das Mitbestimmungsrecht spricht am Mittwoch, den 12. Mai 1948

Arbeitsminister Rudolf Kohl (KPD) von 19.30 Uhr bis 19.45 Uhr über Radio Stuttgart

### „Probleme der Zeit“

Man fordert die Demokratie und — unterdrückt die demokratisch-fortschrittliche Presse, man spricht über die Einheit Deutschlands und — meint den Separatismus.

Man diskutiert den Begriff der Freiheit und — möchte dem deutschen Volk das Recht einer Volksbefragung verweigern.

### Wie die Dinge wirklich liegen —

hören Sie über den Berliner Rundfunk in der Sendung „Probleme der Zeit“, die montags, dienstags, donnerstags und freitags um 19.30 Uhr übertragen wird. Der Mitteldeutsche Rundfunk, Leipzig, behandelt die „Probleme der Zeit“ täglich um 21.45 Uhr, sonntags um 13.15 Uhr.

Der Berliner Rundfunk sendet auf der Mittelwelle 357 Meter und der Langwelle 1571 Meter. Der Mitteldeutsche Rundfunk, Sender Leipzig, auf der Mittelwelle 382 Meter und der Kurzwelle im 31-Meter-Band.

### Weibliche Invasion

(HVZ) Grafenwöhr in Nordbayern erfreut sich plötzlich eines regen Zustromes von Frauen und Mädchen. Etwa 2000 strömten in der letzten Zeit aus nah und fern herbei, um sich rund um den dortigen Truppenübungsplatz in Häusern, Kellern, Bunkern, ja sogar in Zelten und Sandkuhlen einzukartieren. Und die Ursache? Aus Grafenwöhr wurde bekannt, daß auf dem dortigen Truppenübungsplatz Uebungen der amerikanischen Besatzungsmacht stattfinden. Den Mädchen, die auf diese Weise versuchen, mit Gewalt mit den amerikanischen Soldaten in Berührung zu kommen, sind von dortigen Wohnungsinhabern und Hausbesitzern nicht nur Keller, sondern auch Zimmer und tagsüber auch Betten zur Verfügung gestellt worden. — Natürlich nur gegen Schokolade, Kaffee, Konserven, Zigaretten und dergleichen andere begehrte Dinge.

Gerade in den Westzonen sind die Gerüchte über sogenannte Vergewaltigungen, die russische Soldaten deutschen Frauen und Mädchen zugefügt haben sollen, besonders gepflegt und mit dem Tone höchster Entrüstung über die „Gepflogenheiten des Ostens“ weiterzählt und verbreitet worden. Daß es aber in den Westzonen Tausende von Frauen und Mädchen gibt, die kilometerweite Strecken zurücklegen, um den Soldaten der Besatzungsmacht auf unmißverständliche Art entgegenzukommen, das bringt man geflissentlich nicht mit der sogenannten „abendländischen Kultur“ in Verbindung.

## 160 000 Tonnen Waschmittel jährlich als Reparationen aus der Bizone

Berlin („Wirtschaftsmarkt). Nach einer Mitteilung des „Wirtschaftsmarktes“ werden der westdeutschen Seifenproduktion jährlich 142 000 t Waschpulver und 18 000 t Seife für Reparationslieferungen entnommen. Die Lieferung dieser Mengen erfolgt an die Besatzungsbehörden.

## Unser Genosse Hans Boxheimer ist am 8. Mai 1948 durch Herzschlag verschieden.

Die Kommunistische Partei verliert einen aufrechten Kämpfer, einen treuen Genossen.

In unseren Reihen bist Du unvergessen.

Kreisvorstand KPD Mannheim  
Bezirksvorstand Nordbaden

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.